

STADT HILDESHEIM



Bebauungsplan Nr. 96

Für das Gebiet zwischen Bismarckstraße, Kennedydamm, Katharinen- u. Kurze Pieperstraße und 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 35 Kennedydamm Ostseite im Bereich zwischen Bismarckstraße u. Fußgängertunnel, zwischen Katharinenstraße u. Marienfriedhof

Maßstab: 1:500

Zeichenerklärung

Festsetzungen des Bebauungsplanes

Art und Maß der baulichen Nutzung

Wohnbauflächen

- Reine Wohngebiete
- Allgemeine Wohngebiete
- Kleinsiedlungsgebiete
- Gemischte Bauflächen
- Mischgebiete
- Kerngebiete
- Dorfgebiete

- Baulinie
- Baugrenze
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
- Firstrichtung

Gewerbliche Bauflächen

- Gewerbegebiete
- Industriegebiete
- Sonderbauflächen
- Wochenendausgebiete
- Sondergebiete, z. B. Ladengebiete
- Flächen oder Baugrundstücke für den Gemeinbedarf

- Schule
- Kindertagesstätte
- Kindergarten
- Kirche
- Feuerwehr

- Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- Zahl der Vollgeschosse zwingend
- Grundflächenzahl
- Geschosflächenzahl
- Baumassenzahl
- Offene Bauweise
- nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- nur Hausgruppen zulässig
- Geschlossene Bauweise

Verkehrsflächen

- Straßenverkehrsflächen
- Öffentliche Parkflächen
- Straßenbegrenzungslinie
- Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
- Zufahrtsverbot

- Flächen oder Baugrundstücke für Versorgungsanlagen, z. B. Umformerstation
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Führung oberirdischer Versorgungsanlagen
- Arkaden
- Auskragung
- Flächen für Aufschüttungen

- Flächen für Stellplätze oder Garagen
- St. Stellplätze
- Ga. Garagen
- GSt. Gemeinschaftsstellplätze
- GGa. Gemeinschaftsgaragen

Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft

- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für die Forstwirtschaft
- Flächen für Land- oder Forstwirtschaft

- Grünflächen, z. B. Spielplatz
- Parkanlage
- Dauerkleingärten
- Sportplatz

Nachrichtliche Übernahmen

- Naturschutz- (N) oder Landschaftsschutzgebiet (L)
- Wasserschutz- (W), Quellschutz- (Q) oder Überschwemmungsgebiet (U)
- Flächen für Bahnanlagen

Bestandsangaben

- Wohngebäude
- Wirtschafts- und Industriegebäude
- Wasserflächen, Häfen

95.1 Straßenhöhen, vorh. (gepl.)

Folgende Festsetzungen gelten außerdem:

Innerhalb des Bebauungsgebietes für die Feuerwehr ist eine geschlossene Bauweise ausnahmsweise zulässig.
Ein Feuerwehrort, der in der Höhe die sonst zulässige Anzahl von 3 Geschossen übersteigt, ist zulässig.

Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenvorschrift vom 19. 1. 1965.
Hildesheim, den 17. 7. 1968
Stadtvermessungsamt
Dr. Rübner
Stadtvermessungsberrat

Für die Aufstellung des Planentwurfs
Hildesheim, den 17. 7. 1968
Stadtplanungsamt
Krause
Stadtbaurät

Dem Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Sitzung am 24. 3. 1969 zugestimmt.
Hildesheim, den 6. 11. 1969
Krause
Stadtbaudirektor

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 2 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 in der Zeit vom 14. 4. 1969 bis 14. 5. 1969 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.
Die Auslegung ist am 3. 4. 1969 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist bekanntgemacht worden.
Hildesheim, den 6. 11. 1969
Krause
Stadtbaudirektor

Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan wurde auf Grund der gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 vorgebrachten Anregungen und Bedenken geändert. Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 24. 3. 1969 zugestimmt.
Hildesheim, den 6. 11. 1969
Stadtbaudirektor

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 u. § 6 (1) der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 4. 3. 1950 vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 20. 10. 1968 als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 beigefügt.
Hildesheim, den 6. 11. 1968
Oberbürgermeister
Krause
Oberstadtdirektor

GENEHMIGT
gem. § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341) nach Maßgabe meiner Verfügung vom heutigen Tage 24. 3. 1969
Hildesheim, den 24. 3. 1969
Der Regierungspräsident
Im Auftrage
Krause
Regierungspräsident

Dieser Bebauungsplan mit Begründung ist gem. § 12 Bundesbaugesetz vom 23. 6. 1960 ab 12. 3. 1970 öffentlich aus.
Die Genehmigung, Ort und Zeit der Auslegung sind gemäß § 12 Bundesbaugesetz am 12. 3. 1970 im Öffentlichen Anzeiger — nachdrücklich im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hildesheim — bekanntgemacht worden.
Hildesheim, den 12. 3. 1970
Krause
Stadtbaudirektor